



Niederschrift

51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.12.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:04 Uhr
Ort, Raum:	Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Birgit Morgenroth	SPD	
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:10 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	bis 19:55 Uhr
--------------------	-----------	---------------

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	
---------------------------------	------------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Maike Dencker	CD/ANW	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt

Herr Björn Karl	FDP	entschuldigt
Herr Steffen Koczott	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt

Gäste:

Herr Rüdiger van Leeuwen	Oberlinhaus, Aktivia Werkstätten
Herr Detlef Schröder	Oberlinhaus, Aktivia Werkstätten
Herr Dr. Christian Kieser	Klinikum Ernst von Bergmann
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales und Gesundheit
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste
Herr Fabian Dübner	Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigungsförderung	
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Management Wohnen
Vorlage: 13/SVV/0684
Fraktion DIE LINKE
- 5 Bericht über den aktuellen Stand der Bürgerarbeit
- 6 Vorstellung des Projektes "Reboot"
- 7 Weiterführung der Arbeit von Bogen e.V.
- 8 Vorstellung der Servicestelle für Menschen mit Behinderung
- 9 Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote 2014
- 10 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

**zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 19.11.2013

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die vorliegende Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze schlägt vor, die Drucksache 13/SVV/0684 „Management Wohnen“ in der Reihenfolge der Beratung vorzuziehen und im Anschluss an TOP 3 „Berichte aus den Beiräten“ zu behandeln. Alle weiteren Tagesordnungspunkte werden dann anschließend der Reihenfolge nach abgearbeitet.

Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die so in der Reihenfolge geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anschließend gibt die Ausschussvorsitzende bekannt, dass der in der SVV am 04.12.2013 überwiesene Antrag 13/SVV/0756 „Umsetzung Teilhabeplan“ der Fraktion die Andere im Januar 2014 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales behandelt wird.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Essengeldzuschuss benachteiligter Hortkinder

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass die Finanzierung von Mehraufwendungen bei der Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung ein Bestandteil des Bildungs- und Teilhabepaketes ist.

Für die Leistung wurden im Jahr 2012 für insgesamt 213 Kinder rund 44.000 Euro für Leistungsberechtigte nach dem SGB II, SGB XII, Bundeskindergeldgesetz sowie Asylbewerberleistungsgesetz ausgegeben. Für 2013 rechnet der Fachbereich Soziales und Gesundheit mit Aufwendungen von rund 50.000 Euro. Die Finanzierung der Leistung erfolgt gemeinsam mit Aufgaben der

Schulsozialarbeit befristet bis Ende 2013 durch den Bund über einen Anteil von 2,8 % an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II. Restmittel in Höhe von 45.000 Euro wurden bereits aus dem Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 für Hortmittagessen übertragen. Im Haushaltsjahr 2013 werden ebenfalls Mittel in etwa dieser Höhe verbleiben, so dass bis zu 90.000 Euro über die Bildung von Haushaltsresten für 2014 zur Verfügung gestellt werden können. Diese Leistung wird auf freiwilliger Basis durch Regelungen im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung analog der bisherigen Leistungsgewährung nach SGB II und SGB XII vorerst befristet bis Ende 2014 durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit weiter gewährt. Eine Erstattung der Leistungen durch den Bund findet ab 2014 nicht mehr statt.

Stand der Zuweisungen von Asylsuchenden in Potsdam

Frau Latacz-Blume informiert über den aktuellen Stand der Zuweisungen von Asylbewerbern und macht dabei deutlich, dass für das Jahr 2013 in Potsdam noch 60 Personen aufzunehmen sind, die aber erst im neuen Jahr erwartet werden. Im Wohnungsverbund Haeckelstraße leben bisher 27 Personen, davon 9 Kinder. Im Wohnheim An der Alten Zauche sind derzeit 166 Personen untergebracht. Somit kann die Aufnahmequote für 2013 erfüllt werden. Für 2014 wurde bereits eine erhöhte Zuweisungsquote von 5,5 % auf 5,9 % festgelegt. Das bedeutet, dass 207 bis 265 Personen aufzunehmen sind.

Auf die Nachfrage, ob es bereits Überlegungen hinsichtlich zukünftiger Unterkünfte für Asylsuchende gibt, antwortet Frau Müller-Preinesberger, dass die Landeshauptstadt Potsdam diesbezüglich bereits im Gespräch mit dem Arbeitskreis Stadtspuren ist. Ziel ist es, mehrere Unterkünfte im gesamten Stadtgebiet verteilt einzurichten. Dazu kann ggf. in der Januar-Sitzung des Ausschusses näher informiert werden.

zu 3 Berichte aus den Beiräten

Behindertenbeirat

Der Bericht des Behindertenbeirates wurde allen Ausschussmitgliedern am 17.12.2013 per E-Mail zugesandt. Herr Schmarje verweist ergänzend zum ausgereichten Bericht auf die kontinuierliche Arbeit des Beirates an verschiedenen Problemen hin.

Frau Schulze schlägt vor, dass Herr Richter in der Januar-Sitzung des Ausschusses über den Gesprächstermin mit den Kliniken zur Betreuung von Menschen mit Behinderung berichtet und dazu die Diskussion geführt werden kann.

Gegen das von der Ausschussvorsitzenden vorgeschlagene Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Seniorenbeirat

Der Bericht wurde allen Ausschussmitgliedern im Vorfeld per E-Mail zugesandt. Auf Nachfrage zur Veränderung bei der Besetzung des Seniorenbüros teilt Herr Puschmann mit, dass Herr Füchsel am 20.12.2013 seinen letzten Arbeitstag hat. Ab dem 01.01.2014 wird im Seniorenbüro eine neue Kraft mit einer entsprechenden Ausbildung tätig sein. Demnächst findet der Umzug des

Seniorenbüros in das Haus 2 statt.

Frau Latacz-Blume ergänzt, dass Frau Lesch als Mitarbeiterin im Bereich Gesundheitssoziale Dienste dem Seniorenbüro zur Verfügung gestellt wird.

Migrantenbeirat

Der Bericht des Migrantenbeirates wird allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt. Frau Kindelberger ergänzt dazu, dass viele Spenden zur Finanzierung des Sprachunterrichtes eingegangen sind. Sie berichtet, dass der Migrantenbeirat den Nikolausmarkt in Potsdam West unterstützt hat. Der IB wird bei der Arbeit mit Asylbewerbern in der Haeckelstraße durch den Migrantenbeirat begleitet. Demnächst ist der Besuch der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt geplant.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Management Wohnen

Vorlage: 13/SVV/0684

Fraktion DIE LINKE

Frau Sudhoff bringt den Antrag ein und erläutert diesen. Sie macht dabei deutlich, dass es nur um Informationen über den Leerstand der entsprechenden Wohnungen geht.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier keine Handlungsoption hat. Die Wohnungsunternehmen können nicht verpflichtet werden, behindertengerechten Wohnungsleerstand zu melden. Hierfür gibt es keine gesetzliche Grundlage.

Es gibt ein sehr umfangreiches Beratungsangebot in der LHP. Hierfür gibt es die unterschiedlichsten Systeme.

Frau Müller-Preinesberger schließt sich dem Vorschlag von Frau Schulze an, den Antrag im Inklusionsgremium zu beraten. Sie weist darauf hin, dass für die Erstellung und Pflege von Datenbanken immer Mitarbeiter benötigt werden. Des Weiteren verweist sie, auf die große Vielfältigkeit in diesem Bereich hin. Sie verweist auch auf die Kriterien bei den Genossenschaften.

Herr Schmarje unterstützt die Aussage der Beigeordneten, hinsichtlich der Schwierigkeiten für eine Erstellung einer Datenbank zu „Barrierefreiem Wohnraum“ aufgrund der darin erforderlichen Differenzierung der unterschiedlichen Behindertenkriterien.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Umsetzung des lokalen Teilhabeplans die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer Managementstelle zur Koordinierung und Bereitstellung von Informationen zum Wohnungsbestand in Potsdam zur bedarfsorientierten Vermittlung von vorhandenem Wohnraum zu schaffen.

Ziel der Stelle soll die bedarfsgerechte Vermittlung von vorhandenem Wohnraum

vor allem für Menschen mit Behinderung und für ältere Bürgerinnen und Bürger in Potsdam sein.

Die Stadtverordnetenversammlung soll in ihrer Sitzung am 29. Januar 2014 über den Stand der Vorbereitungen informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**

Ablehnung: **0**

Stimmhaltung: **4**

Somit wird der Antrag zum Beschluss empfohlen.

zu 5 Bericht über den aktuellen Stand der Bürgerarbeit

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) dankt den Ausschussmitgliedern für die Empfehlung zum Beschluss 12/SVV/0009 „Bundesprogramm Bürgerarbeit“. Anhand einer Powerpoint-Präsentation gibt er einen Bericht über den Umsetzungsstand des Beschlusses. Dabei weist er darauf hin, dass 16 geschäftsübergreifende Einzelprojekte durchgeführt werden. Insgesamt 49 Stellen befinden sich in der Realisierung. Die Einsatzstellen wurden sukzessive beginnend mit dem 16.04.2012 besetzt.

Sowohl für die Teilnehmenden wie auch für die Stadtverwaltung Potsdam gibt es erhebliche Mehrwerte

Anschließend beantwortet Herr Dübner Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Er macht dabei deutlich, dass die jetzigen Tätigkeiten andere sind, als die Betroffenen vorher durchgeführt haben. Es handelt sich hierbei um eine Zielgruppe, die große Betreuung benötigt.

Die Teilnehmer werden durch das Jobcenter vermittelt. Die Langzeitarbeitslosigkeit muss bestätigt sein und ein intensives Fallmanagement durch Jobcenter sowie intensive Bewerbungsbemühungen nachgewiesen werden.

zu 6 Vorstellung des Projektes "Reboot"

Herr van Leeuwen (Oberlinhaus, Aktivia Werkstätten) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Projekte „Reboot“ und „futuro“ vor. Er betont, dass es sich um Projekte für Menschen mit psychischen Erkrankungen handelt. Diese sollen mit einer angemessenen beruflichen Tätigkeit in den regionalen Arbeitsmarkt integriert werden.

Von Seiten der Ausschussmitglieder gab es keine Nachfragen.

zu 7 Weiterführung der Arbeit von Bogen e.V.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Tagesstätte über das Zentrum für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Klinikums Ernst von Bergmann ohne Abbrüche für die betreuten Menschen weitergeführt werden kann. Die rechtliche Prüfung, ob die Nachfolge aufgrund der Dringlichkeit und der Kürze der Zeit ohne Ausschreibung erfolgen kann, war positiv. Somit können Einrichtung und Angebot erhalten werden.

Herr Dr. Kieser (Klinikum Ernst von Bergmann) macht deutlich, dass in der

Tagesstätte Menschen betreut werden, die schwer lange Zeit psychisch erkrankt sind und sehr viel kontinuierliche Hilfe und Begleitung benötigen. Er dankt Frau Dörnbrack und Frau Kitzmann, dass eine Möglichkeit gefunden werden konnte, am 06.01.2014 die Arbeit weiterführen zu können. Auch dass die Immobilie weitergenutzt werden kann ist ein großer Vorteil. Leider steht das Betreuerteam nicht weiter komplett zur Verfügung. Von Seiten des Klinikums Ernst von Bergmann wurde von Beginn an signalisiert, dass großes Interesse besteht, das Personal weiter zu beschäftigen. Mit einem Mitarbeiter werden derzeit Gespräche geführt.

Wenn die Mitarbeiter von Bogen e.V. nicht weiter zur Verfügung stehen, werden Klinikumsmitarbeiter eingesetzt, um die Betreuung zu gewährleisten.

Priorität liegt in den nächsten Wochen darin, soviel Geborgenheit wie möglich für die Klienten zu erhalten.

Herr Dr. Kieser erklärt, dass wenn es eine Möglichkeit gibt, dass Frau Röwekamp und eine der Mitarbeiterinnen die Begleitung für den Monat Januar 2014 noch fortführen würden, dies wünschenswert und außerordentlich wichtig für die zu betreuenden Menschen wäre.

Frau Müller-Preinesberger macht bezüglich des Hinweises von Frau Schulze, dass Frau Röwekamp dies ihr gegenüber signalisiert hat, deutlich, dass die Verwaltung diesen Wunsch bereits seit längerem an Frau Röwekamp herangetragen hat.

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste) ergänzt, dass sie nach dem Signal von Bogen e.V. über eine Bereitschaft zu kooperieren, sofort vor Ort gegangen ist. Sie hat auch signalisiert, dass großes Interesse an dem in der Einrichtung tätigen Personal besteht.

zu 8 Vorstellung der Servicestelle für Menschen mit Behinderung

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Servicestelle „Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche“ vor und erläutert den Prozessablauf.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass dieses Thema im Ausschuss für Gesundheit und Soziales nicht neu ist. Sie informiert, dass alle Prozessabläufe analysiert wurden. Die Servicestelle „Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche“ ist ein erster Schritt. In einem weiteren Schritt kommt eine Servicestelle für Erwachsene dazu.

Mitarbeiter des Bereiches Gesundheitssoziale Dienste sind sehr motiviert.

Auf Nachfrage erklärt Frau Kitzmann, dass dies der erste Schritt ist, einen modernen Dienstleister zu bekommen. Wichtig ist zu überlegen, welche Dienstleistungen den Potsdamer Bürgern angeboten werden.

Frau Müller-Preineberger weist darauf hin, dass nach der Eröffnung des Bürgerservice viele Aufgaben hinzugekommen sind. In der Servicestelle „Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche“ soll dies analog erfolgen.

zu 9 Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote 2014

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen ausgereichte Liste zur Förderung sozial- und

gesundheitsfürsorgerische Angebote 2014 und betont, dass alle vorgeschlagenen Projekte gefördert werden können.

Auf die Nachfrage, ob auch neue Projekte aufgenommen wurden, erklärt sie, dies grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist, aber für 2014 nicht der Fall war.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass es sich um Projekte handelt, die schon über mehrere Jahre laufen und die auf diese Weise gefördert werden. Zum Teil handelt es sich um pflichtige Aufgaben, die auf freie Träger übertragen wurden.

Auf die Nachfrage, bis wann die Anträge für die Förderung im Jahr 2015 gestellt werden müssen, erklärt Frau Latacz-Blume, dass diese Anträge bis November 2014 in der Verwaltung vorliegen müssen.

zu 10 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Schulze schlägt vor, die aus der Stadtverordnetenversammlung überwiesene Mitteilungsvorlage 13/SVV/0746 „Evaluation der Sozialarbeit im Bereich der Asylbewerbungsverfahren“ im Januar 2014 auf die Tagesordnung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu setzen und lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Wenn der Abschlussbericht im Ausschuss behandelt wird, sollte die Mitteilungsvorlage erneut vorgelegt werden.

Die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0745 „Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam“ soll im Januar 2014 beraten werden.

Bezüglich der Mitteilungsvorlage 13/SVV/0750 „Wohnungsmarktbericht 2012“ sollte im Februar oder März 2014 beraten werden, da es sich hierbei um die Darstellung des Ist-Stand handelt.

Die DS 13/SVV/0779 „Konzeption zur Weiterentwicklung der Wohnungsnotfallhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam“ soll in der Januar-Sitzung beraten werden.

Den Vorschlägen wird von Seiten der Ausschussmitglieder zugestimmt.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 21. Januar 2014, 18:00 Uhr im Raum 124 des Stadthauses